



Bundestagswahl 2021

Steuerpolitische Aussagen in den
Wahlprogrammen der
CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, Die Linke

Agenda

- 01 **Kurzdarstellung**
- 02 **Detaillierte Darstellung**



Agenda

- 01 **Kurzdarstellung**
- 02 **Detaillierte Darstellung**





<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Steuererhöhungen (Abschaffung SolZ, keine Erhöhung ErbSt, keine Vermögensteuer, jedoch Einführung europäischer Finanztransaktionsteuer) – Förderung von Start-Ups sowie Forschung und Entwicklung
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Steuergerechtigkeit; notwendige Finanzierung sowohl des Bundes als auch der EU – Entlastung von kleinen/mittleren Einkommen, höhere Besteuerung von großen Vermögen und hohen Einkommen (ESt, ErbSt, Vermögensteuer, Finanztransaktionsteuer) – Maßnahmen gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug sowie erhöhte Transparenz
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Umfangreiche Steuerentlastungen (u.a. Senkung Unternehmensteuerlast auf 25% und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. ESt: Abgabenquote unter 40%) – Förderung Investitionen und Wachstum
<p>Die Grünen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Umfassende Steuer- und Abgabenreform, um eine Klimaneutralität zu finanzieren – Zielrichtung: höhere Besteuerung; jedenfalls müssen alle Änderungen aufkommensneutral sein (ESt, Vermögensteuer, Finanztransaktionsteuer, Abgeltungsteuer)
<p>Die Linke</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, Ungleichheit verringern durch Steuergerechtigkeit – Entlastung von niedrigen Einkommen, höhere Besteuerung von Unternehmen, Vermögen, hohen Einkommen für Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen (ESt bis 60%; Vermögensteuer bis 5%; Vermögensabgabe zur Bewältigung der Corona-Krise bis 30%)

Unternehmensbesteuerung



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Unternehmenssteuerreform und Bürokratieabbau, Deckelung der Unternehmensteuerlast auf 25% – Erhöhung der Höchstbetragsgrenzen beim Verlustrücktrag und Verlustvortrag – Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, bessere Abschreibung für digitale Zukunftstechnologien und IT-Sicherheit – Verbesserung Thesaurierungsbegünstigung und Anrechnung GewSt
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Begrenzung Abzugsfähigkeit von Managergehältern (15-fache des Durchschnittseinkommens)
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Senkung Unternehmensteuerlast auf 25% – Erweiterte Verlustverrechnung; „negative“ ESt/KSt; verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten – Kommunale Zuschlagsteuer statt Gewerbesteuer
<p>Die Grünen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Managergehälter über 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar – Verlängerung Verlustrücktrag; temporäre Einführung einer degressiven AfA von mind. 25% – Ökologische Umgestaltung der Dienstwagenbesteuerung durch Verknüpfung mit CO2-Ausstoß
<p>Die Linke</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes auf mind. 25% – Gewerbesteuer: Reform in eine Gemeindewirtschaftsteuer mit Ausweitung der Bemessungsgrundlage und Einbezug von Freiberuflern – Abschaffung Dienstwagenprivileg

Internationales Steuerrecht, Transparenz, Steuervermeidung



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Bekämpfung schädlicher Steuerwettbewerb, Gewinnkürzungen und -verlagerungen (OECD) – EU-einheitliche KSt-Bemessungsgrundlage – Faire Besteuerung von digitalen Großkonzernen – Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung bekämpfen
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Kampf gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD) – Beendigung Steurdumping, effektive Mindestbesteuerung, faire Besteuerung von Digitalunternehmen – Einführung Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen – Einführung Public Country-by-Country-Reporting – Beendigung Share Deals (Grunderwerbsteuer)
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und einheitliche KSt-Bemessungsgrundlage in Europa – Unterstützung der Arbeiten auf OECD- und G20-Ebene
<p>Die Grünen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsame KSt-Bemessungsgrundlage, Mindeststeuersatz von 25% für alle EU-Unternehmen – Einführung einer Digitalkonzernsteuer – Verstärkte Zins- und Lizenzschränke und Quellensteuern gegen Gewinnverschiebungen – Einführung Anzeigepflicht für nationale Steuergestaltungen
<p>Die Linken</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Europaweiter Mindeststeuersatz 25% – Kampf gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerung – Besteuerung internationaler Großkonzern, insb. Digitalunternehmen – Einführung Public Country-by-Country-Reporting – Lizenzentzug für Banken, die in Steueroasen operieren – Unterbindung Share Deals (Grunderwerbsteuer)

Natürliche Personen



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, Abmilderung kalte Progression – Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von max. 40% halten – Abschaffung des Solidaritätszuschlags – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer, keine Einführung der Vermögensteuer – Erhöhung Sparer-Pauschbetrag und Arbeitnehmersparzulage
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, Zuschlag von 3 Prozentpunkten für hohe Einkommen ab 250.000/500.000 Euro – Beibehaltung Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener – Effektive Mindestbesteuerung bei der Erbschaftsteuer, Einführung Vermögensteuer
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Senkung der Abgabenquote unter 40% – ESt-Spitzensteuersatz erst ab 90.000 Euro – Dynamisierung des Steuertarifs – Spekulationsfrist einführen; Sparerfreibetrag erhöhen
<p>Die Grünen</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung des Grundfreibetrags und Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 48% – Abschaffung der Abgeltungsteuer – Einführung Vermögensteuer von 1% auf Vermögen oberhalb von 1 Mio. Euro
<p>Die Linken</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung des Grundfreibetrags auf 14.400 Euro und Anhebung Spitzensteuersatz (53% ab 70.000 Euro), Reichensteuer (60% ab 260.000 Euro, 75% > 1 Mio. Euro) – Beibehaltung Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen – Vermögensteuer (> 1 Mio. Euro); Vermögensabgabe zur Bewältigung Corona-Krise (> 2 Mio. Euro): 10-30%, zahlbar über 20 Jahre

Agenda

- 01 Kurzdarstellung
- 02 Detaillierte Darstellung



Unternehmenssteuern



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Perspektivische Deckelung der Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen bleiben, auf 25% – Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal 40% halten – Ausweitung steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer – Erhöhung der Höchstbetragsgrenzen beim Verlustrücktrag und Verlustvortrag – Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens – Verbesserung der Abschreibung für digitale Zukunftstechnologien und Investitionen in IT-Sicherheit – Verbesserung Thesaurierungsbegünstigung und der Anrechnung Gewerbesteuer – Rechtsformneutralität für Einzelunternehmer, Personengesellschaft und Kapitalgesellschaft – Erneute Verdopplung der steuerlichen Forschungszulage auf 8 Mio. Euro pro Unternehmen – Beschleunigung und Modernisierung steuerlicher Betriebsprüfungen
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Begrenzung Abzugsfähigkeit für Managergehälter auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten im Betrieb
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter – Verkürzung Nutzungsdauer bei digitalen Anlagegütern (max. 3 Jahre) – Erhöhung Grenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter – Ersetzen der Gewerbesteuer durch kommunalen Zuschlag auf die Körperschaft-/Einkommensteuer sowie höherer Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer

Unternehmenssteuern



Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">– Europäische gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und Mindeststeuersatz von 25% für alle EU-Unternehmen– Ausdehnung des steuerlichen Verlustrücktrages für kleine und mittlere Unternehmen– „Attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen“; temporäre Einführung einer degressiven Abschreibung von mind. 25%– Managergehälter über 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar– Einführung einer Digitalkonzernsteuer– Ökologische Umgestaltung der Dienstwagenbesteuerung durch Verknüpfung mit CO2-Ausstoß– Beendigung von Cum-ex- und Cum-cum-Geschäften– Steuerliche Förderung von Forschung gezielter an KMUs und Start-ups
Die Linke	<ul style="list-style-type: none">– Erhöhung Körperschaftsteuersatz auf 25% und EU-weiter Mindeststeuersatz für Konzerne mit breiter und einheitlicher Bemessungsgrundlage– Managergehälter über 500.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar– Ökologische Umgestaltung der Dienstwagenbesteuerung – steuerliches Dienstwagenprivileg abschaffen– Gewerbesteuer: Ausweitung der Bemessungsgrundlage und Einbeziehung gutverdienender Freiberufler bei gleichzeitiger Erhöhung des Freibetrags auf 30.000 Euro – Umwandlung in Gemeindewirtschaftsteuer

Start-Ups



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> – Bürokratiefreies Jahr nach Gründung, zweites Jahr Begrenzung auf Minimum für ausgewählte steuerrechtliche Regeln und Dokumentationspflichten – Erhöhung Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen und Ausweitung der Ist-Versteuerung – Verbesserung von Mitarbeiterkapitalbeteiligung und Harmonisierung in der EU – Besteuerung der Beteiligung an Start-ups erst, wenn Gewinne erzielt oder Anteile veräußert werden
SPD	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital
FDP	<ul style="list-style-type: none"> – Besteuerung von Mitarbeiterkapitalbeteiligung erst bei Veräußerung
Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> – Einführung eines staatlichen Wagniskapitalfonds – Einmalbetrag von max. 25.000 Euro als Gründungskapital – Befreiung von Melde- und Berichtspflicht in den ersten zwei Jahren
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Angaben

Internationales Steuerrecht



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none">– Faire Besteuerung gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen (OECD)– EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer– Faire Besteuerung von digitalen Großkonzernen– Steuerhinterziehung und aggressive Steuergestaltung bekämpfen– Reduzierung der Niedrigbesteuerungsgrenze
SPD	<ul style="list-style-type: none">– Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung– Beendigung des Steuerdumpings zwischen Mitgliedstaaten insbesondere im Bereich der Unternehmensbesteuerung
FDP	<ul style="list-style-type: none">– EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer– Bekämpfung von Steuerhinterziehung und unlauterem Steuerdumping– Entwicklung von Konzepten auf Ebene der G20 und OECD, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen– Verhinderung von Doppelbesteuerung– Verhinderung von Steuerverlusten durch Verlagerungen

Internationales Steuerrecht



Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">– Gegen Gewinnverschiebungen mit einer verstärkten Zins- und Lizenzschranke und mit Quellensteuern– Verbot von Geschäften in „Steuersümpfen“
Die Linke	<ul style="list-style-type: none">– Sofortige Kündigung von DBA mit unkooperativen Staaten; Neuverhandlung von DBA mit Ländern des Globalen Südens, um faire Besteuerung dort vor Ort zu erreichen– Bekämpfung von Gewinnverlagerungen: Abschaffung von bestehenden Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge– Beseitigung von Steuervorteilen für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge: Erhebung der Steuerdifferenz in Deutschland– Stärkere Besteuerung an der Quelle der Gewinne für Digitalkonzerne– Quellensteuer von 50% auf alle in nicht kooperative Staaten abfließende Zahlungen, Dividenden, Zinsen, Lizenzabgaben von Unternehmen; Anrechnung nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen– Stärkere Besteuerung am Ort des Umsatzes– Konzept der virtuellen Betriebsstätte– Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs, der nur der Gewinnverlagerung dient (z.B. bei Lizenzzahlungen)– Steueroasen – auch die „made in Germany“ – austrocknen



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> – Steuerförderung von Gebäudesanierung bei vermieteten Immobilien und Gewerbeimmobilien – Möglichkeit für die Länder: Freibetrag bei Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen, zzgl. 100.000 Euro pro Kind bei erstmaligem Erwerb selbstgenutzten Wohnraums – Verlängerung befristeter Abschreibungsmöglichkeiten: Anschaffung neuer Mietwohnungen - zusätzliche Abschreibung von 5% der AK / HK auch nach 2021
SPD	<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung Zehn-Jahres-Frist für Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus nicht selbst genutzten Grundstücken – Umgehung der Grunderwerbsteuer (Share Deals) beenden
FDP	<ul style="list-style-type: none"> – Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen – Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude von 2 auf 3%, um Investitionen zu fördern
Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> – Unterbindung der Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals – Möglichkeit für die Länder zur Erhöhung des Steuersatzes bei der Grunderwerbssteuer bei großen Wohnungsunternehmen und Senkung bei privaten Käufer*innen – anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen – Finanzierung klimafreundlicher Modernisierungen durch Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen zu je einem Drittel
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> – Unterbindung von Share Deals durch Absenkung der Beteiligungsgrenze auf 50% – Abschaffung Spekulationsfrist für Immobilienverkäufe; stärkere Besteuerung von Spekulationsgeschäften und Immobilienverkäufen – Förderung Wohnungsbau: Steuerliche Vergünstigung nur bei dauerhafter Mietobergrenze, Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen sowie demokratischen Mitbestimmungsrechten für Mieter*innen

Kapitalerträge



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung Sparer-Pauschbetrag und Arbeitnehmersparzulage – Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, keine Belastung für Kleinanleger und private Altersvorsorge
SPD	<ul style="list-style-type: none"> – Einführung Finanztransaktionssteuer im Einklang mit europäischen Partnern
FDP	<ul style="list-style-type: none"> – Wiedereinführung der Spekulationsfrist von 3 Jahren für private Veräußerungsgeschäfte aus Wertpapieren – Anhebung Sparerfreibetrag
Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung der Abgeltungsteuer und Wiedereinführung der progressiven Besteuerung – Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung der Abgeltungsteuer – Beibehaltung des Sparerpauschbetrags sowie der Einschränkungen bei der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen – Einführung Finanztransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,1% bei jeder Finanztransaktion

Transparenz



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none">– Faire Besteuerung, auch für digitale Großkonzerne– Verstärkung polizeilicher Befugnisse von Zoll, Steuerfahndung und Finanzkontrolle bzgl. Schwarzarbeit
SPD	<ul style="list-style-type: none">– BaFin mit mehr Kompetenzen bei der Geldwäscheaufsicht bei großen Unternehmen ausstatten– Einführung eines globalen Transparenzregisters– Eindämmung Steuervermeidung mit öffentlichem Reporting großer, international agierender Unternehmen (Public Country-by-Country Reporting)– Aufbau einer globalen Steuerkoordinationsstelle bei der UN– Unterstützung der OECD im Kampf gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung; Ziel, Steueroasen trockenulegen
FDP	<ul style="list-style-type: none">– Entwicklung von Konzepten auf Ebene der G20 und OECD, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen

Transparenz



Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">– Pflicht für Konzerne, Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern zu veröffentlichen (Ausgestaltung Country-by-Country-Reporting auf EU-Ebene)– Anzeigepflicht auch für rein nationale Gestaltungen– Bestehende Lücken des aktuellen Transparenzregisters werden geschlossen– Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten; Behebung von Vollzugsdefiziten bei der Bekämpfung von Steuervermeidung– Stärkere Fusionskontrolle bei Banken– Eigenständiges Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität und Ausweitung des Sanktionskataloges gegen Unternehmen; Ahndung auch bei „organisierter Unverantwortlichkeit“
Die Linke	<ul style="list-style-type: none">– Verpflichtung von Finanzinstituten zur Weitergabe steuerrelevanter Informationen– Strenge Regulierung oder Auflösung von Schattenbanken, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften– Banken, die in Steueroasen operieren, wird die Lizenz entzogen– Überarbeitung des Transparenzregisters zur zentralen Identifikation aller Eigentümer und Begünstigten von Firmen und Stiftungen– Verpflichtung von transnationalen Konzerne zur länderweisen Offenlegung von Wertschöpfung, Umsätzen, Gewinnen und Steuerzahlungen– Aufbau einer Bundesfinanzpolizei und Schaffung eines Unternehmensstrafrechts

Erbschaftsteuer, Vermögensteuer



CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer – Prüfung von Steuerentlastungen bei Unternehmensübergaben – Keine Einführung der Vermögensteuer
SPD	<ul style="list-style-type: none"> – Einführung effektiver Mindestbesteuerung zur Abschaffung Überprivilegierung großer Betriebsvermögen, Mindestbesteuerung auch für vermögenshaltende Familienstiftungen – Einführung der Vermögensteuer (Steuersatz von 1% auf sehr hohe Vermögen), hohe persönliche Freibeträge, Grundlage von Betrieben wird verschont
FDP	<ul style="list-style-type: none"> – Ablehnung einer weiteren Verschärfung der Erbschaftsteuer – Ablehnung einer Einführung der Vermögensteuer
Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> – Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und große Vermögen wieder stärker besteuern – Vermögensteuer von 1% auf Vermögen oberhalb von 2 Mio. Euro pro Person; Begünstigung von Betriebsvermögen im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> – Erhöhung der Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften – Abbau von "Steuerschlupflöchern" durch Entfall der Privilegien für Betriebsvermögen – Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt – Zur Bewältigung der Corona-Krise: progressiv gestaffelte (10%-30%) Vermögensabgabe auf alle Vermögen über 2 Mio. Euro, die über 20 Jahre abgezahlt werden kann; hierdurch kommt es zu jährlicher Belastung des Nettovermögens von 0,1 bis 1,5% – Vermögensteuer 5% auf Vermögen oberhalb 1 Mio. Euro; für Unternehmen und betriebsnotwendiges Vermögen: Freibeträge von mindestens 5 Mio. Euro

Einkommensteuer



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Festhalten am Ehegattensplitting – Ausgleich kalte Progression: Anpassung des Einkommensteuertarifs an allgemeine Preisentwicklung – Einstieg in ein Kindersplitting durch Anstreben des vollen Grundfreibetrags für Kinder – Verhinderung der Doppelbesteuerung von Renten – Weitere Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende auf 5.000 Euro – Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von haushaltsnahen Dienstleistungen – Steuerliche Förderung von Aus- und Weiterbildung für Trainer und Übungsleiter – Verbesserungen bei vermögenswirksamen Leistungen – Ausweitung und Vereinfachung von steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Einkommensteuerreform, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt – Aufschlag von 3 Prozentpunkten zur Einkommensteuer bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro/Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro/Jahr
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Spitzensteuersatz erst ab 90.000 Euro – Senkung der Abgabenquote (Steuerquote plus Sozialbeitragsquote) auf unter 40% – Erhöhung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale; erhöhte Werbungskostenpauschale für Home Office, steuerfreie Nutzung gestellter Büroausstattung – Festhalten am Splittingverfahren – Anhebung der Kinder-, Auszubildenden- und Alleinerziehendenfreibeträge; Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen – Verhinderung der Doppelbesteuerung von Renten

Einkommensteuer



Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">– Erhöhung des Grundfreibetrags– Anhebung des Spitzensteuersatzes:<ul style="list-style-type: none">– bei zVE von 100.000 / 200.000 Euro für Alleinstehende/Paare auf 45%– bei zVE von 250.000 / 500.000 Euro auf 48%– Neben Steuerpflicht nach dem Wohnsitz tritt Steuerpflicht nach der Nationalität, um steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern– Bei neu geschlossenen Ehen: individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag statt Ehegattensplitting, Wahlrecht für Bestandsehen– Entlastung des Zweitverdieners bei der Lohnsteuer durch das Faktorverfahren– Steuergutschrift für Alleinerziehende– Abschaffung Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen, Faktorverfahren wird zur Regel
Die Linke	<ul style="list-style-type: none">– Anhebung steuerfreies Existenzminimum auf 14.400 Euro/Jahr– Steuersatz ab 70.000 Euro: 53%– Reichensteuer: 60% ab 260.533 Euro zVE und 75% oberhalb von 1 Mio. zVE– Ehegattensplitting: das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein– Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrags und Abschaffung der Doppelbesteuerung– Steuerfreibeträge für Abfindungen bei Entlassungen– Pendlerpauschale in sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln (= gleiche Steuerbegünstigung unabhängig vom Einkommen)

Sonstiges



<p>CDU/CSU</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Abschaffung des SolZ schrittweise für alle – Weitere Eindämmung des Umsatzsteuerbetrugs – Abschaffung EEG-Umlage – Stärkere Ausrichtung energiebezogener Steuern, Umlagen und Entgelte auf CO2-Ausstoß, Befreiung von Luftverkehrssteuer bei Flügen mit Einsatz von alternativen Kraftstoffen – Vorausgefüllte Steuererklärung verbessern, alle Erklärungen, Anträge und Schriftwechsel digital
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> – SolZ weiterhin für Spitzenverdiener als gerechter Beitrag zu stabilem Gemeinwesen – Beendigung des Umsatzsteuerbetrugs bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene – Abschaffung EEG-Umlage bis 2025, Einführung CO2-Grenzabgabe, neue Einnahmen aus Emissionshandel
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Komplette Abschaffung des SolZ – Abschaffung von „Bagatell-/Lenkungssteuern“ wie Schaumwein-, Zwischenerzeugnis-, Bier- und Kaffeesteuer – Abschaffung EEG-Umlage, LuftVSt, Senkung der StromSt

Sonstiges



Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">– Besteuerung von Plastik– Tierschutz-Cent auf tierische Produkte zur Förderung des Stallumbaus– Reduzierter Mehrwertsteuersatz bei Reparaturdienstleistungen und pflanzlichen Milchalternativen– Neue Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen ermöglicht– Mehrheitsentscheidungen in der EU bei Steuerfragen oder verstärkte Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten– Vollständige Übernahme der Gewerbesteuerausfälle 2021 und 2022 durch Bund und Länder– Senkung der EEG-Umlage und Zahlung eines Energiegeldes an die Bürger*innen
Die Linke	<ul style="list-style-type: none">– Erhaltung des SolZ für hohe Einkommen und Umbau zu Solidarpakt III– Stromsteuer für private Verbaucher*innen senken– Ermäßigte Umsatzsteuersätze für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel– Erhöhung der Prüfungsfrequenz und Prüfungsintensität für Großbetriebe und reiche Einzelpersonen– Gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und Spitzeneinkommen– Abschaffung ungerechtfertigter Industrierabatte bei der Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im EEG– EU-einheitliche Kerosinsteuer und voller Mehrwertsteuersatz auf Flugtickets ins Ausland– Ausweitung der gemeinnützig anerkannten Zwecke

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
THE SQUARE, Am Flughafen
60549 Frankfurt/Main, Germany

KPMG in den sozialen Netzwerken



Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.

© 2021 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.